

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin für Justiz

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.332.081

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)2136/J-NR/2020

Wien, am 27. Juli 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Sabine Schatz, Kolleginnen und Kollegen haben am 27. Mai 2020 unter der Nr. **2136/J-NR/2020** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „drängende Gewaltschutzmaßnahmen für Frauen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 5:

- 1) *Wie viele einstweilige Verfügungen wurden in den Jahren 2015, 2016, 2017, 2018 und 2019 nach den §§382b, 382e, und 382g EO verfügt (bitte nach Monat, Jahr, Bundesland und Geschlecht auflisten)?*
 - a) *In wie vielen Fällen gab es davor schon ein Betretungsverbot?*
 - b) *In wie vielen Fällen gab es davor schon ein Kontaktverbot?*
- 2. *Wie viele der in den Jahren 2015, 2016, 2017, 2018 und 2019 verhängten einstweiligen Verfügungen endeten durch Zeitablauf (bitte nach Monat, Jahr, Bundesland und Geschlecht auflisten)?*
- 3. *Wie viele der in den Jahren 2015, 2016, 2017, 2018 und 2019 verhängten einstweiligen Verfügungen wurden zurückgezogen (bitte nach Monat, Jahr, Bundesland und Geschlecht auflisten)?*

- 4. Wie viele Anzeigen nach den §§382b, 382e und 382g EO gab es in den Jahren 2015, 2016, 2017, 2018 und 2019 (bitte nach Monat, Jahr, Bundesland und Geschlecht auflisten)?
- 5. Wie viele Verurteilungen nach den §§382b, 382e und 382g EO gab es in den Jahren 2015, 2016, 2017, 2018 und 2019 im Sinn des §72 StGB (bitte nach Monat, Jahr, Bundesland und Geschlecht auflisten)?
- 6) In wie vielen Fällen wurde in den Jahren 2015, 2016, 2017, 2018 und 2019 den Opfern psychosoziale Prozessbegleitung gewährt? (Bitte um Auflistung nach Monat, Jahr, Bundesland, Geschlecht)

Ich habe aus Anlass des statistischen Teils der Anfrage eine Auswertung der Verfahrensautomation Justiz durch die Bundesrechenzentrum GmbH veranlasst. Daten konnten nur zu Frage 1 ausgewertet werden. Die Auswertung ist der Anfragebeantwortung angeschlossen. Zu den Fragen 2 bis 5 sind in der VJ keine Daten in auswertbarer Form erfasst.

Zur Frage 6:

- In wie vielen Fällen wurde in den Jahren 2015, 2016, 2017, 2018 und 2019 den Opfern psychosoziale Prozessbegleitung gewährt? (Bitte um Auflistung nach Monat, Jahr, Bundesland, Geschlecht)

In den Jahren 2015 bis 2019 wurde psychosoziale Prozessbegleitung wie folgt in Anspruch genommen:

	Gesamt- summe	nicht AT	Summe AT	Bundesländer								
				OÖ	Bgld	Slbg	W	NÖ	Ktn	Tiro	Vlbg	Stmk
2015 Beide Geschlechter	7 320	43	7 277	744	81	616	2 871	929	273	308	259	1 196
weiblich	6 105	26	6 079	629	73	473	2 427	770	218	265	225	999
männlich	1 215	17	1 198	115	8	143	444	159	55	43	34	197
2016 Beide Geschlechter	7 494	45	7 449	810	67	621	3 063	949	239	296	267	1 137
weiblich	6 125	24	6 101	667	60	475	2 532	770	203	265	229	900
männlich	1 369	21	1 348	143	7	146	531	179	36	31	38	237
2017 Beide Geschlechter	7 974	35	7 939	871	81	609	3 322	1 039	242	312	299	1 164
weiblich	6 441	23	6 418	713	70	440	2 734	815	209	257	249	931
männlich	1 533	12	1 521	158	11	169	588	224	33	55	50	233
2018 Beide Geschlechter	7 855	46	7 809	857	73	562	3 229	1 086	292	324	314	1 072
weiblich	6 476	27	6 449	726	67	411	2 659	895	248	283	271	889
männlich	1 379	19	1 360	131	6	151	570	191	44	41	43	183
2019 Beide Geschlechter	8 418	61	8 357	923	82	615	3 232	1 177	341	402	359	1 226
weiblich	6 924	40	6 884	746	73	481	2 664	965	290	354	301	1 010
männlich	1 494	21	1 473	177	9	134	568	212	51	48	58	216

Zur Frage 7:

- *Welche konkreten Schritte setzt ihr Ressort, um die steigende Gewalt gegen Frauen und Kinder im Kontext der Corona-Krise zu bekämpfen? (Bitte um konkrete Auflistung der Maßnahmen mit Zieldatum, Kosten)*

Die Strafverfolgung und der Zugang zu den Gerichten und Staatsanwaltschaften war und ist für Opfer häuslicher Gewalt während der COVID-19-Krise zu jedem Zeitpunkt gesichert. Die Opferschutzeinrichtungen wurden über die COVID-19-Maßnahmen bei Gerichten und Staatsanwaltschaften in Kenntnis gesetzt und werden dazu regelmäßig auf dem Laufenden gehalten. Auf der Homepage des Bundesministeriums für Justiz steht ein COVID-19 Link für die Öffentlichkeit zur Verfügung, der

- allgemeine Informationen über COVID-19 spezifische Maßnahmen bei Gerichten und Staatsanwaltschaften,
- einen COVID-19 Frage & Antwort-Teil und
- spezifische Informationen über COVID-19 bezogene Gesetze, entsprechende Änderungen und Erlässe

enthält.

Außerdem wurden Links zu den Homepages anderer Ministerien und NGOs zu COVID-19-Informationen erstellt: <https://www.justiz.gv.at/home/covid-19~7a5.de.html>

Aufgrund von Sensibilisierungsmaßnahmen in der Justiz werden Straftaten im Zusammenhang mit Covid-19 sorgfältig überwacht.

Um auf das erhöhte Risiko häuslicher Gewalt im Zusammenhang mit den COVID-19-Maßnahmen aufmerksam zu machen und über die verfügbaren Unterstützungsdienste und Anlaufstellen zu informieren, wurden Pressekonferenzen der Frauenministerin, der Familienministerin und der Justizministerin abgehalten.

Mit Verordnung der Bundesministerin für Justiz, mit der besondere Vorschriften für die Einbringung von Eingaben bei Gericht erlassen werden (1. COVID-19 Ziviljustiz-VO), BGBl. II Nr. 163/2020, wurde für die Dauer von Einschränkungen der Bewegungsfreiheit aufgrund von COVID-19 eine eingeschränkte Befugnis der Opferschutzeinrichtungen, Personen in Verfahren über einstweilige Verfügungen zum Schutz vor Gewalt und zum Schutz der Privatsphäre zu vertreten, vorgesehen. Umfasst von dieser Befugnis ist die Einbringung von Anträgen auf Erlassung einstweiliger Verfügungen nach den §§ 382b, 382e und 382g EO und

anderer Schriftsätze in diesen Verfahren (ausgenommen Rechtsmittel und Rechtsbehelfe). Die Opferschutzeinrichtung kann sich auf die erteilte Vollmacht berufen.

Außerdem wurden Erleichterungen für Personen unter Quarantäne geschaffen, die den Antrag auf Erlassung einer einstweiligen Verfügung zum Schutz vor Gewalt auch über die Polizei bei Gericht einbringen können. Zu diesem Zweck wurde ein eigenes Formular entwickelt, das im Zuge der polizeilichen Wegweisung samt Informationsblatt, das in mehrere Sprachen übersetzt wurde, ausgefolgt wird. Bereits durch die Übergabe des Antrags an die Polizei wird das polizeiliche Betretungs- und Annäherungsverbot um zwei Wochen verlängert. Die Polizei hat unverzüglich den Antrag samt Dokumentation (zB Anzeige) dem Gericht zu übermitteln.

Die erwähnte Verordnung ist mit 21. April 2020 in Kraft getreten und tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2020 außer Kraft.

Die Kosten für die Informationsmaßnahmen (samt Übersetzungen) sind minimal und bewegen sich im unteren dreistelligen Eurobereich.

Zur Frage 8:

- *Welche konkreten Schritte setzt ihr Ressort, um die Umsetzung der Istanbul-Konvention des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt voranzutreiben? (Bitte um konkrete Auflistung der Maßnahmen mit Zieldatum, Kosten)*

Das Bundesministerium für Justiz ist ständiges Mitglied der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Schutz von Frauen vor Gewalt“, deren zentrale Aufgabe es ist, die Umsetzung noch offener Verpflichtungen nach der Istanbul-Konvention voranzutreiben. Dies umfasst den bundesländer- und disziplinenübergreifenden Fachaustausch, die Erarbeitung notwendiger Maßnahmen und die Unterstützung ihrer Umsetzung.

Im Regierungsprogramm 2020-2024 ist darüber hinaus vorgesehen, dass auch Minderjährigen, die Zeug*innen familiärer Gewalt wurden, das Recht auf Prozessbegleitung eingeräumt werden soll, wodurch u.a. der im GREVIO-Bericht festgehaltenen Kritik an der derzeitigen österreichischen Gesetzeslage im Zusammenhang mit Art. 56 Abs. 2 und Art. 26 der Istanbul-Konvention, die eine altersgerechte psychosoziale Beratung sowie Begleitung von Kindern und Jugendlichen vorsieht, die Zeugen einer Straftat auch ohne Todesfolge wurden, begegnet werden könnte.

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.

